

04.02.11

K

Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungs- förderungsgesetzes (BAföG-FormblattVwV 2011)

A. Problem und Ziel

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird gemäß Artikel 104a Absatz 3, Artikel 85 GG in Verbindung mit § 39 Absatz 1 des Gesetzes im Auftrag des Bundes von den Ländern durchgeführt. Um eine bundeseinheitliche Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten, hat zuletzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Zustimmung des Bundesrates gemäß § 46 Absatz 3 des Gesetzes die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter vom 12. Januar 2009 (GMBl. 2009 S. 18) erlassen. Die Formblätter sind zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem BAföG erforderlich.

Die Neufassung dient der Anpassung der Formblätter an die gesetzlichen Änderungen durch das Dreiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (23. BAföGÄndG) vom 24. Oktober 2010 (BGBl. I S. 1422). Die Überarbeitung der Formblätter ist durch die Formblattkommission erfolgt, in der Verantwortliche aus der Vollzugspraxis vertreten sind. Zudem hat eine Beteiligung der Obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung stattgefunden. Bei der Überarbeitung wurden unter Beteiligung des Nationalen Normenkontrollrates (NKR) alle Verbesserungsvorschläge aus dem Abschlussbericht „Einfacher zum Studierenden-BAföG (März 2010)“ des NKR geprüft und weitestgehend umgesetzt. Die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge führt zu einer Erleichterung für die Antragstellenden und die Bearbeiter/innen.

B. Lösung

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 BAFöG wird neu gefasst.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Kosten für auszutauschende Formblätter entstehen bei den Ländern und Kommunen in Höhe von rund 100.000 Euro. Auf den Bund kommen Kosten in Höhe von ca. 14.000 Euro für die barrierefreie Veröffentlichung im Internet zu.
2. Der Verwaltungsvollzug erfolgt durch die nach dem BAFöG für die Ausführung des Gesetzes zuständigen, vorhandenen Behörden; weitere zusätzliche Verwaltungskosten entstehen durch diese Verwaltungsvorschrift nicht.

E. Sonstige Kosten

Unmittelbare Kostenfolgen ergeben sich aus dieser Verwaltungsvorschrift über die unter D.1. genannten Kosten hinaus nicht. Von daher sind keine Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Neue Informationspflichten werden durch die Verwaltungsvorschrift nicht eingeführt.

Die Neufassung der Formblätter führt voraussichtlich zu keiner relevanten Änderung des bislang erforderlichen Zeitaufwands im Antragsverfahren (siehe hierzu auch den unter Ziffer A. benannten Projektbericht des NKR). Es entfallen nunmehr einige Angaben. Der damit einhergehenden Zeitersparnis stehen jedoch neue Angaben gegenüber, die aufgrund des 23. BAFöGÄndG erforderlich sind.

Bundesrat

Drucksache 71/11

04.02.11

K

**Allgemeine
Verwaltungsvorschrift**
der Bundesregierung

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der
Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungs-
förderungsgesetzes (BAföG-FormblattVwV 2011)**

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 4. Februar 2011

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur
Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des
Bundesausbildungsförderungsgesetzes
(BAföG-FormblattVwV 2011)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 85 Absatz 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter
nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
(BAföG-FormblattVwV 2011)**

Vom ...

Nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1952) erlässt die Bundesregierung folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

Artikel 1

- (1) Als Formblätter, auf denen die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Tatsachen anzugeben sind, werden die anliegenden Formblätter 1 - einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1-, 2, 3, 4, 5, 6 ,7 und 8 bestimmt.
- (2) An den mit einem Stern gekennzeichneten Stellen der Versicherung des Erklärenden in Formblatt 3 Seite 4 Spiegelstrich 5 sind die Bedarfsätze nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes, nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 und § 13a Absatz 1 und Absatz 2 des Gesetzes, nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 des Gesetzes und nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 und § 13a Absatz 1 und Absatz 2 des Gesetzes in der zu Beginn des Bewilligungszeitraums, für den Ausbildungsförderung beantragt wird, maßgeblichen Höhe einzusetzen.
- (3) Die Auszubildenden können den Besuch der Ausbildungsstätte außer durch das Formblatt 2 auch durch eine von der jeweiligen Ausbildungsstätte maschinell erstellte Bescheinigung nachweisen, die alle im Formblatt 2 für diese Auszubildenden vorgesehenen Angaben enthält.
- (4) Die Auszubildenden können den Leistungsnachweis nach § 48 des Gesetzes außer durch das Formblatt 5 auch durch den Nachweis der individuell erreichten Zahl von ECTS-Leistungspunkten erbringen, wenn diese zumindest der entspricht, die für den jeweiligen Studiengang und Zeitpunkt von dem zuständigen hauptamtlichen Mitglied des Lehrkörpers als üblich festgelegt wurde.
- (5) Die Ämter für Ausbildungsförderung im Land Bayern können die Formblätter 1 - einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1 -, 2, 3, 4, 7 und 8 in einer für den Vollzug des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes ergänzten Fassung verwenden. Die Ergänzung bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Artikel 2

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 12. Januar 2009 (GMBI. 2009 S. 18) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung

Begründung:

Aufgrund der Rechtsänderungen durch das Dreiundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (23. BAföGÄndG) vom 24. Oktober 2010 (BGBl. I S. 1422) ergibt sich die Notwendigkeit, die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Antragsformblätter entsprechend anzupassen.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wird dazu neu erlassen und ersetzt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 12. Januar 2009 (GMBI 2009 S. 18).

Die nach dieser Verwaltungsvorschrift bestimmten und beigefügten Formblätter 1 - einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1-, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 sind inhaltlich an die vorgenannten Rechtsänderungen angepasst. Bei der Überarbeitung wurden zudem Verbesserungsvorschläge aus dem Abschlussbericht „Einfacher zum Studierenden-BAföG (März 2010)“ des Nationalen Normenkontrollrates (NKR) zur Steigerung der Bürgerfreundlichkeit und Vereinfachung des Gesetzesvollzugs umgesetzt.

Stand: 2011

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die Antragstellenden sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 1

Förderungsnummer
Eingangsstempel

Zeile

1

Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

2

Ich beantrage Ausbildungsförderung für den Besuch der/des

Ausbildungsstätte
Klasse/Fachrichtung

3

4

in Vollzeit in Teilzeit

5

Ich habe bereits früher einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt nein ja, und zwar beim

6

Amt für Ausbildungsförderung bisherige Amts- und Förderungsnummer

7

Personenbezogene Angaben

8

Name, ggf. Geburtsname Geburtsort

9

Vorname Geburtsdatum männlich weiblich

10

ledig verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft dauernd getrennt lebend verwitwet geschieden

11

Staatsangehörigkeit

12

deutsch andere, und zwar B Staatsangehörigkeit des Ehegatten/eingetr. Lebenspartners

13

Anschrift am ständigen Wohnsitz

14

Straße, Hausnummer bei

15

ggf. Ausl.-Kennbuchstaben PLZ Ort E-Mail - Angabe freiwillig

16

Bundesland Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig

17

Anschrift der Unterkunft während der Ausbildung (soweit bereits bekannt)

18

Straße, Hausnummer bei

19

ggf. Ausl.-Kennbuchstaben PLZ Ort E-Mail - Angabe freiwillig

20

Bundesland Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig

21

Bankverbindung

22

Name und Sitz des Geldinstituts

23

Name und Vorname der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers (sofern nicht Antragsteller/in)

24

Bankleitzahl Kontonummer

25

und

26

BIC

27

IBAN

28

Der Bescheid sowie sonstiger Schriftverkehr sollen übersandt werden an:

29

mich (Zeilen 13 bis 16) mich (Zeilen 17 bis 20) oder meinen Vater meine Mutter meine/n Sorgeberechtigte/n

30

Angaben über meine leiblichen Eltern oder Adoptiveltern:

31

Vater: Name, ggf. Geburtsname, Vorname Geburtsdatum verstorben am

32

Straße, Hausnummer, ggf. Ausl.-Kennbuchstaben, PLZ, Ort

33

Staatsangehörigkeit: deutsch andere, und zwar

34

Mutter: Name, ggf. Geburtsname, Vorname Geburtsdatum verstorben am

35

Straße, Hausnummer, ggf. Ausl.-Kennbuchstaben, PLZ, Ort

36

Staatsangehörigkeit: deutsch andere, und zwar

37

Wenn beide Eltern leben, sind sie miteinander verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft verbunden? ja nein dauernd getrennt lebend

B

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile

38 Die Zeilen 39 - 42 sind nur von Schülerinnen/Schüler auszufüllen.

39 Die elterliche Sorge/Das Aufenthaltsbestimmungsrecht **B** für mich ist/war zuerkannt worden durch das

Vormundschafts- oder Familiengericht und Aktenzeichen

40 am Sorgeberechtigte/r: Name, ggf. Geburtsname, Vorname, Anschrift

41

42 Ich führe einen eigenen Haushalt ja nein

43 Angaben über meine Kinder - ohne Stief- und Pflegekinder - (weitere Kinder bitte auf gesondertem Blatt angeben)

	1. Kind	2. Kind
44		
45	Name, Vorname	
46	Geburtsdatum	
47	wohnt in meinem Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	wohnt in meinem Haushalt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
48	Bruttoeinnahmen des Kindes im Bewilligungszeitraum monatlich in vollen Euro <input type="text"/>	Bruttoeinnahmen des Kindes im Bewilligungszeitraum monatlich in vollen Euro <input type="text"/>

49 Für mich werden gezahlt oder es wurden beantragt:

50 Leistungen von einem Begabtenförderungswerk ja nein

51 Anwärterbezüge oder ähnliche Leistungen aus öffentlichen Mitteln während meiner Ausbildung ja nein

52 Leistungen für die berufliche Weiterbildung nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch ja nein

53 Zuständige/s Agentur für Arbeit/ARGE/Jobcenter

54 Angaben zur Wohnung während der Ausbildung

55 Ich wohne bei meinen Eltern ja nein **B**

56 Wenn Zeile 55 verneint wurde: Der Wohnraum ist im Eigentum meiner Eltern ja nein

57 Wenn die Zeilen 55 und 56 verneint wurden: Bei Schülerinnen/Schülern bitte Gründe nach Maßgabe der Erläuterungen angeben

58
59

60 Bei Internatsunterbringung bitte Heimkosten angeben monatlich Euro **B**
(ohne Schulgeld und ohne behinderungsbedingte Pflegekosten)

61 Angaben zur Krankenversicherung während der Ausbildung

62 Ich bin gesetzlich familienversichert selbst gesetzlich versichert als freiwilliges oder Pflichtmitglied **B** privatversichert **B**

63 Angaben zur Pflegeversicherung während der Ausbildung

64 Ich bin selbst beitragspflichtig pflegeversichert nein ja **B**

65 Nur für Studierende an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen

66 Soweit mir Ausbildungsförderung nur in Form eines verzinslichen Bankdarlehens zustehen sollte, bitte ich das Kreditangebot auf folgenden monatlichen Darlehensbetrag zu begrenzen Euro

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile **Angaben zu meinem Einkommen**

67 während der Ausbildung B

68 Ich werde im Bewilligungszeitraum (BWZ) vom bis

69 also in Kalendermonaten voraussichtlich Einnahmen erzielen

70 nein; bitte weiter ab Zeile 90 ja, und zwar:

Bitte teilen Sie uns Änderungen des Einkommens im Laufe des BWZ unverzüglich mit.

Betrag im gesamten BWZ in vollen Euro

71 Waisenrente und/oder Waisengeld (einschl. Weihnachtszuwendung) Euro

72 Ausbildungsvergütung brutto - auch Sachbezüge (ohne Familienzuschläge) Euro

73 Voraussichtliche Brutto-Einnahmen aus bestehenden oder ruhenden Arbeitsverhältnissen, Ferien-, Gelegenheitsarbeiten, Mini-Jobs Euro

74 darin ist ein Arbeitgeberanteil zu vermögenswirksamen Leistungen enthalten ja

75 Sonstige Renten (z.B. Unfallrenten) Euro

76 Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft Euro

77 Einkünfte aus Kapitalvermögen (z.B. Sparzinsen) Euro

78 Einnahmen aus der **BAföG-Einkommensverordnung** (nicht: laufende BAföG-Zahlungen) - Die Verordnung ist abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 1 - Euro

79 Unterhaltsleistungen meines dauernd getrennt lebenden oder meines geschiedenen Ehegatten bzw. nicht mehr verbundenen eingetragenen Lebenspartners oder sonstiger unterhaltspflichtiger Personen (nicht die Eltern) monatlich Euro

80 Zuwendungen von Firmen oder privaten Stiftungen (z.B. Stipendien) Euro

81 Ausbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen aus öffentlichen Mitteln sowie Förderungsleistungen anderer Staaten, soweit sie zur Deckung des Lebensunterhalts oder der üblichen Ausbildungskosten bestimmt sind (z.B. Stipendien) Euro

82 Sonstige Ausbildungsbeihilfen Euro

83 Einnahmen, die zur Deckung des Unterhaltsbedarfs

84 a) meines Ehegatten/meines eingetragenen Lebenspartners Euro

85 b) meiner Kinder Euro

86 bestimmt sind

87 Ich habe folgende noch nicht bewilligte Sozialleistungen beantragt (z.B. Waisenrente)

88 Ich zahle geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente") Euro

89 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Einkommens anrechnungsfrei bleiben, soweit er zur Deckung besonderer Kosten der Ausbildung (z.B. Schulgeld) erforderlich ist. Dieser Antrag muss schriftlich spätestens bis zum Ende des Bewilligungszeitraums gestellt werden. Ein Formblatt ist hierfür nicht erforderlich.

Bitte beachten Sie, dass Ihre Erklärungen zum Vermögen durch einen Datenabgleich beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.

90 **Angaben zu meinem Vermögen**

zum Zeitpunkt der Antragstellung B

91 Ich habe zum Zeitpunkt der Antragstellung Vermögen im Sinne der Zeilen 93-100 Wert in vollen Euro

92 nein; bitte weiter ab Zeile 101 ja, und zwar:

93 Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

94 Sonstige unbebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

95 Sonstige bebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

96 Betriebsvermögen (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

97 Wertpapiere, insbesondere Aktien, Pfandbriefe, Schatzanweisungen, Wechsel, Schecks Euro

98 Lebensversicherungen (Rückkaufswert) Euro

99 Forderungen und sonstige Rechte Euro

100 Sonstige Vermögensgegenstände, z.B. Kraftfahrzeuge (Zeitwert) Euro

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile		Wert in vollen Euro
101	Barvermögen und Guthaben zum Zeitpunkt der Antragstellung	
102	Höhe des Barvermögens	Euro <input type="text"/>
103	Höhe des Bank- und Sparguthabens, einschließlich des Guthabens auf Girokonten B	Euro <input type="text"/>
104	Höhe des Bauspar- und Prämienparguthabens B	Euro <input type="text"/>
105	Höhe des steuerlich geförderten Altersvorsorgevermögens ("Riester-Rente") B	Euro <input type="text"/>
106	Meine Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Antragstellung B	
107	Hypotheken, Grundschulden und sonstige Belastungen auf einem der vorgenannten Vermögenswerte	Euro <input type="text"/>
108	Lasten, z.B. Verpflichtungen zu wiederkehrenden Leistungen, Beschränkungen des Eigentums zu Gunsten Dritter (Nießbrauch, Rentenverpflichtung)	Euro <input type="text"/>
109	Sonstige Schulden, z.B. Forderungen Dritter, Kredite mit Ausnahme der Darlehen nach dem BAföG	Euro <input type="text"/>
110	Freizustellende Vermögenswerte	
111	Übergangsbeihilfen nach den §§ 12, 13 des Soldatenversorgungsgesetzes sowie nach § 13 Abs. 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes	Euro <input type="text"/>
112	Vermögenswerte, deren Verwertung aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist	Euro <input type="text"/>
113	Zur Vermeidung unbilliger Härten kann über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Vermögens anrechnungsfrei bleiben.	
114	Mir ist bekannt,	
115	- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.	
116	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage (z. B. des von mir erzielten Einkommens) sowie der Familien- und Ausbildungsverhältnisse (auch der Geschwister), über die im Rahmen dieses Antrags Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.	
117	- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Einkommen beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.	
118	- dass Vermögenswerte auch dann meinem Vermögen zuzurechnen sind, wenn ich diese rechtsmissbräuchlich übertragen habe. Dies ist der Fall, wenn ich in zeitlichem Zusammenhang mit der Aufnahme der förderungsfähigen Ausbildung bzw. der Stellung des Antrags auf Ausbildungsförderung oder während der förderungsfähigen Ausbildung Teile meines Vermögens unentgeltlich oder ohne gleichwertige Gegenleistung an Dritte, insbesondere an meine Eltern oder andere Verwandte, übertragen habe.	
119	- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Vermögen durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG i.V.m. § 45d EStG) und bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.	
120	- dass im Fall der Inanspruchnahme von Ausbildungsförderung in Form eines verzinslichen Bankdarlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die für die Darlehensrückerstattung erforderlichen Daten zwischen der KfW und dem Bundesverwaltungsamt ausgetauscht werden und dass die KfW die Auszahlungsdaten dem zuständigen Amt für Ausbildungsförderung übermittelt.	
121	Ich bestätige, dass ich die Erläuterungen zum Antrag auf Ausbildungsförderung - Formblatt 1 - zur Kenntnis genommen habe.	
122	Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.	
123	Ort, Datum Unterschrift der/des Auszubildenden	Ort, Datum Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters * der/des Auszubildenden
124		
125		

* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine Höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das hiermit im Zusammenhang steht

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Stand: 2011

Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die Antragstellenden sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Anlage 1 zu Formblatt 1

Förderungsnummer
Eingangsstempel

Zeile

1 Schulischer und beruflicher Werdegang
(Nur ausfüllen bei einem Erstantrag, nach einer Unterbrechung der Ausbildung oder bei einem Antrag auf Förderung einer Ausbildung im Ausland)

2 Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden
3 Vorname Geburtsdatum

Bitte machen Sie lückenlose, chronologische Angaben über Ihre bisherige schulische Ausbildung (ohne Grundschule, jedoch mit Ausbildung an Fernlehrinstituten), betriebliche Ausbildung, Praktika, Ausbildung an Höheren Fachschulen, Akademien, Hochschulen (auch Ausbildung an Fernlehrinstituten); über Zeiten der Erwerbstätigkeit und gleichgestellte Zeiten (gleichgestellt ist die Haushaltsführung eines Elternteils, der zumindest ein Kind unter 10 Jahren oder ein Kind, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt zu versorgen hat); über Wehr- und Zivildienst sowie ihnen gleichgestellte Zeiten (z.B. freiwilliges soziales Jahr oder freiwilliges ökologisches Jahr); mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheiten; Beschäftigungsverbote nach den Mutterschutzbestimmungen; Erwerbsunfähigkeit; Arbeitslosigkeit; Teilnahme an einer Maßnahme zur medizinischen oder beruflichen Rehabilitation; Maßnahmen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch für die berufliche Weiterbildung.

Andere als die vorgenannten Zeiten (z.B. längere Ferienzeiten) bezeichnen Sie bitte als "Zwischenzeit".

5 Bitte beachten: Erreichen die Zeiten der Erwerbstätigkeit und die gleichgestellten Zeiten 3 Jahre, bitte Nachweis vorlegen (z.B. Berufsabschlüsse, Versichertennachweis).

Table with 6 columns: von Monat/Jahr, bis Monat/Jahr, Name und Anschrift der Ausbildungsstätte, der Praktikumsstelle, des Arbeitgebers/Leistungsträgers, Schulart/Fachrichtung Art der Tätigkeit, Erreichter Abschluss (genaue Bezeichnung, Datum des Zeugnisses) bzw. Bruttolohn/Höhe der Leistung monatlich in Euro. Includes a 'MUSTER' section with rows 7-13.

Empty table grid for rows 14-25.

26 Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass Nachweise verlangt werden können.

27 Ort, Datum Unterschrift der/des Auszubildenden
28 Ort, Datum Bei Auszubildenden unter 15 Jahren auch Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/ des gesetzlichen Vertreters der/des Auszubildenden

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.
Hinweis: Die Antragstellenden sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Anlage 2 zu Formblatt 1

Förderungsnummer																			
Eingangsstempel																			

Zeile

Zusatzblatt für den Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG für Kinder unter zehn Jahren

1

Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden	Geburtsdatum																		
Vorname																			

2
3

Angaben über meine mit mir in einem Haushalt lebenden Kinder - ohne Stief- und Pflegekinder - (weitere Kinder auf gesondertem Blatt angeben)

4

	Name, Vorname	Geburtsdatum																	
1. Kind																			
2. Kind																			
3. Kind																			

5
6
7
8

Ich lebe mit dem anderen Elternteil meiner Kinder in einem Haushalt

9

ja, mit dem Elternteil von Kind/von den Kindern

Vorname des Kindes	Vorname des Kindes	Vorname des Kindes
--------------------	--------------------	--------------------

10

nein

11

Falls ja, bitte folgende Erklärung ausfüllen:

12

Erklärung des im gemeinsamen Haushalt lebenden anderen Elternteils

Name, ggf. Geburtsname, Vorname

Ich

erkläre, dass ich für die in Zeile 10 genannten Kinder weder einen Kinderbetreuungszuschlag nach dem BAföG beziehe noch geltend gemacht habe und dass ich mit der Zahlung des Kinderbetreuungszuschlags für diese Kinder an die/den Auszubildende/n einverstanden bin.

Ich beziehe selbst Leistungen nach dem BAföG bzw. habe diese beantragt beim Amt für Ausbildungsförderung (freiwillige Angabe)

Amt für Ausbildungsförderung	Amts- und Förderungsnummer																		
------------------------------	----------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben unter Umständen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können.

Ort, Datum	Unterschrift des im gemeinsamen Haushalt lebenden anderen Elternteils
------------	---

13
14
15
16
17
18
19

Mir ist bekannt,

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung in den Familienverhältnissen, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen;
- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

20
21
22

Ort, Datum	Unterschrift der/des Auszubildenden
------------	-------------------------------------

23

Stand: 2011

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis für Studierende:

Sofern Sie von Ihrer Hochschule eine **Immatrikulationsbescheinigung nach § 9 BAföG** erhalten haben, gilt sie als Ersatz für dieses Formblatt.

Zeile

1

Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden

2

Vorname Geburtsdatum

3

Amt für Ausbildungsförderung, bei dem der BAföG-Antrag gestellt wird

4

Bescheinigung nach § 9 BAföG

über den Besuch einer Ausbildungsstätte, die Teilnahme an einem Praktikum/ Fernunterrichtslehrgang

6

Name der Ausbildungsstätte/Praktikumsstelle/des Fernlehrinstituts

7

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Formblatt 2

Förderungsnummer

Eingangsstempel

8

Ab hier von der AUSBILDUNGSSTÄTTE auszufüllen!
Auszufüllen ist jeweils nur der betroffene Bereich A, B, C oder D.
Zur Erteilung der Bescheinigung sind die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute gemäß § 47 BAföG verpflichtet.

9

A. Ausbildungsstätte: Schule ab Klasse 10

10

Angaben für das Schuljahr /

11

Gymnasium, integrierte Gesamtschule, Realschule, Hauptschule

Berufsfachschule, deren Besuch **keinen** berufsqualifizierenden Abschluss vermittelt einen **berufsqualifizierenden** Abschluss vermittelt

Abendhauptschule Berufsaufbauschule

12

Fachoberschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung **nicht** voraussetzt eine abgeschlossene Berufsausbildung **voraussetzt**

Fachschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung **nicht** voraussetzt eine abgeschlossene Berufsausbildung **voraussetzt**

Abendrealschule Abendgymnasium Kolleg

15

Sonstige Schulart/Ausbildungsstätte

16

Durch Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 3 BAföG in den Förderungsbereich einbezogene Ausbildungsstätte

17

Fachliche Richtung/Berufsfeld/ Bezeichnung des Lehrgangs

18

Klasse/Jahrgangsstufe

Semester

19

Wird die Klasse/ die Jahrgangsstufe/ das Semester wiederholt? nein ja, und zwar

wegen Nichterreichens des Klassenziels

auf Empfehlung der Ausbildungsstätte

freiwillig

20

Beginn der angekreuzten Ausbildung (erster Schultag)

Tag/Monat/Jahr

21

Voraussichtlicher Zeitpunkt des Abschlusses der Abschlussprüfung an der Ausbildungsstätte

Monat/Jahr

Art des Abschlusses

22

Letzter Schultag bei Ausbildung ohne Abschlussprüfung

Tag/Monat/Jahr

23

Werden Teile der Ausbildung im Ausland durchgeführt? nein ja, von

von bis
in Staat
von bis
in Staat

24

Werden mindestens 20 Wochenstunden vorgeschriebener Unterricht erteilt?

ja nein

25

Bei privaten Ausbildungsstätten: Zahl der Ferienwerktage im Ausbildungsjahr einschl. Samstage

Tage

26

Bei Internatsunterbringung: Heimkosten (ohne Schulgeld und ohne behinderungsbedingte Pflegekosten)

monatlich Euro **B**

27

Kostenfreie Monate

Monate

28

Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 10 - 27 richtig und vollständig sind.

Es ist bekannt,

- dass die Ausbildungsstätte verpflichtet ist, das o.g. Amt für Ausbildungsförderung unverzüglich zu unterrichten, wenn die/ der Auszubildende die Ausbildung abbricht bzw. nach Anmeldung bei der Ausbildungsstätte nicht aufnimmt oder dem Unterricht unentschuldig länger als 3 Tage fernbleibt.
- dass ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.

29

Ort, Datum

Unterschrift der Ausbildungsstätte

- Stempel -

B

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile

30 **B. Ausbildungsstätte: Praktikumsstelle**

31 Das Praktikum wird in der fachlichen Richtung [] in Zusammenhang mit dem Besuch der
Schulform/Ausbildungsstättenart und Fachrichtung; soweit bereits bekannt, Name und Anschrift der Ausbildungsstätte
32
33 vom - bis [] durchgeführt.

34 **Praktikumsvergütung einschließlich Sonderzuwendungen**
- brutto - (ohne Sachbezüge) monatlich oder gesamt Euro []

35 Sachbezüge nein ja Art der Sachbezüge []

36 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 31 - 35 richtig und vollständig sind.**

37 Ort, Datum [] - Stempel - []
Unterschrift der Praktikumsstelle []

38 **C. Ausbildungsstätte: Höhere Fachschule, Akademie, Hochschule**

39 Ersteinschreibung am Tag/Monat/Jahr []
40 Beginn des Studiums, für das die Bescheinigung nach § 9 beantragt wird Tag/Monat/Jahr (erster Vorlesungstag) []
41 Fachrichtung/Fachbereich []
42 Hauptfächer/1. Fach []
43 Nebenfächer/2. Fach und weitere []
44 Das WS/SS 20 / [] ist - bezogen auf das erste Hauptfach/ 1. Fach - das [] Fachsemester
45 2. Fach - das [] Fachsemester
46 3. Fach - das [] Fachsemester

47 Studienziel (Art und Fachrichtung des Examens) []

48 **Nur bei Hochschulen anzugeben:** in Vollzeit in Teilzeit

49 **Nur bei Höheren Fachschulen und Akademien anzugeben:**

50 tatsächliche Wochenstundenzahl des planmäßigen Unterrichts [] Stunden
51 Zahl der Ferienwerkstage im Ausbildungsjahr, einschl. Samstage [] Tage

52 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 39 - 51 richtig und vollständig sind.**

53 Ort, Datum [] - Stempel - []
Unterschrift der Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule []

54 **D. Ausbildungsstätte: Fernlehrinstitut**

55 Bezeichnung des Lehrgangs, angestrebtes Ausbildungsziel []

56 Beginn der Teilnahme Monat/Jahr [] / [] voraussichtlicher Abschluss Monat/Jahr [] / []

57 Hat die/der Auszubildende in den letzten 6 Monaten erfolgreich an dem Lehrgang teilgenommen? ja nein

58 Kann sie/er den Lehrgang in längstens zwölf Monaten beenden? ja nein

59 Nimmt die Teilnahme an dem Lehrgang die Arbeitskraft der/des Auszubildenden voll in Anspruch? ja nein

60 Wenn ja, in welchen Monaten? []

61 Rechtliche Stellung des Fernlehrinstituts privater Träger öffentlich-rechtlicher Träger

62 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 55 - 61 richtig und vollständig sind.**

63 Ort, Datum [] - Stempel - []
Unterschrift des Fernlehrinstituts []

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die in Zeile 4 genannten Personen sind nach § 47 Abs. 4 BAföG i.V.m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 3

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden									
2	Vorname									
3	Geburtsdatum					Geburtsort				

4 Einkommenserklärung des Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartners des Vaters der Mutter

5 (Angaben zu Zeilen 6 bis 46 beziehen sich auf den Bewilligungszeitraum)

6 Angaben zur Person

6	Name, ggf. Geburtsname					Vorname					Geburtsdatum									
7	Straße, Hausnummer										Telefon (mit Vorwahl) - Angabe freiwillig									
8	ggf. Ausl.- Kernbuchstaben					PLZ, Ort					E-Mail - Angabe freiwillig									

9 **verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft mit**
 ledig Name, Vorname **dauernd getrennt lebend** **verwitwet** **geschieden**

10 Erwerbstätig als Arbeiterin/ Arbeiter Angestellte/ Angestellter Beamtin/ Beamter Selbständige/ Selbständiger. Nicht mehr erwerbstätig seit _____

12 Kinder - ohne Antragsteller/in - soweit sie von Ihnen unterhalten werden, sich in Ausbildung befinden oder in Ihren Haushalt aufgenommen wurden:

13	(Weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben)														
14	1. Kind					2. Kind					3. Kind				
15	Name, Vorname														
16	Geburtsdatum														
17	Wohnung bei den Eltern/ einem Elternteil <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				
18	Gemeinsames Kind der Eltern der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, Kind nur im Verhältnis				
19	<input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen					<input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen					<input type="checkbox"/> zum Vater der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zur Mutter der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> zum Ehegatten/eLP der/des Auszubildenden <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit in Ihren Haushalt aufgenommen				
20	bzw. gemeinsames Kind der/des Auszubildenden und des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners (eLP)														
21	Name der Ausbildungsstätte														
22	Art des Ausbildungsverhältnisses														
23	derzeitige/s Klasse/Semester														
24	Ausbildungsbeginn					Ausbildungsbeginn					Ausbildungsbeginn				
25	voraussichtliches Ausbildungsende					voraussichtliches Ausbildungsende					voraussichtliches Ausbildungsende				
26	voraussichtlicher Abschluss als					voraussichtlicher Abschluss als					voraussichtlicher Abschluss als				
27	Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				
28	Art der Einnahme/n <input type="checkbox"/> B														
29	Einnahmen monatlich <input type="checkbox"/> B														
30	Euro					Euro					Euro				

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

33 **Angaben zur Prüfung der Gewährung weiterer Freibeträge**

34 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte **Person/en** (z.B. geschiedener Ehegatte, dauernd getrennt lebender eingetragener Lebenspartner, zweiter Ehegatte, Eltern oder andere Verwandte in gerader Linie), soweit sie von Ihnen unterhalten werden:

35	Name, ggf. Geburtsname a)	Vorname	Geburtsdatum
36	Name, ggf. Geburtsname b)	Vorname	Geburtsdatum

37 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung

38	zu a)	vorauss. Abschluss am
39	zu b)	vorauss. Abschluss am

40 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

41	zu a)
42	zu b)

43 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 34 genannten Person/en im Bewilligungszeitraum **B**

44	zu a)	brutto	Euro	
45	zu b)	brutto	Euro	

46 Möchten Sie für sich, die Antragstellerin/den Antragsteller oder eine andere Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte Person einen Freibetrag/Freibeträge wegen einer anerkannten Behinderung beantragen? ja **B**

47 **Für alle nachfolgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,**

48 also die des Kalenderjahres

49 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 50 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 51 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in)
- 52 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in **B**
- 53 Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige Nichterwerbstätige

54 **Wurden Sie für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur Einkommensteuer veranlagt?** ja (Bescheid vollständig in Kopie beifügen) nein

55 **Werden Sie noch für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur Einkommensteuer veranlagt?** ja (Bescheid vollständig nach Erhalt in Kopie übersenden) nein

56 **Erfolgte eine Antragsveranlagung nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG (früherer Lohnsteuerjahresausgleich)?** ja (Bescheid vollständig in Kopie beifügen) nein

57 Die Veranlagung erfolgt/e zusammen mit

- 58 dem derzeitigen Ehegatten dem Vater der/des Auszubildenden der Mutter der/des Auszubildenden

59	beim Finanzamt	Steuer-Nr.
----	----------------	------------

60 Ist zu dem beigefügten Einkommensteuerbescheid ein Einspruchs-/Klageverfahren anhängig? ja

61 Angaben zur **Kirchensteuer**, soweit nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten (Bescheid vollständig in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

62 Angaben zur **Gewerbesteuer** (Bescheid vollständig in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

63 Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird **B** Euro Jahresbruttobetrag der Einnahmen hierauf gezahlte/abgeführte Steuern Euro

64 Wenn Einnahmen im Einkommensteuerbescheid nicht enthalten sind (z.B. Einkünfte aus Kapitalvermögen, wegen Geringfügigkeit vom Arbeitgeber pauschal versteuerte Einnahmen) **B** Euro

65 Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden B

66	Staat	Jahresbruttobetrag	Währung	Steuerbetrag	Währung
----	-------	--------------------	---------	--------------	---------

67 Einnahmen, die aufgrund des **Auslandstätigkeitserlasses** nicht versteuert wurden B Jahressumme Euro 68 Wurden vom Arbeitgeber **vermögenswirksame Leistungen** erbracht? ja69 Wenn von Ihnen geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (**Beiträge zur "Riester-Rente"**) gezahlt wurden B Jahressumme Euro 70 **Renten** (Bescheide bzw. Rentenmitteilungen vollständig in Kopie beifügen)

71 Art der Renten

72	<input type="text"/>	Rentenbeginn (Tag/Monat/Jahr)	Brutto-Jahressumme Euro	<input type="text"/>
----	----------------------	-------------------------------	-------------------------	----------------------

73	<input type="text"/>	Rentenbeginn (Tag/Monat/Jahr)	Brutto-Jahressumme Euro	<input type="text"/>
----	----------------------	-------------------------------	-------------------------	----------------------

74	<input type="text"/>	Rentenbeginn (Tag/Monat/Jahr)	Brutto-Jahressumme Euro	<input type="text"/>
----	----------------------	-------------------------------	-------------------------	----------------------

75 **Unterhaltsleistungen von**

76	<input type="text" value="Verwandtschaftsverhältnis zur/zum Erklärenden"/>	Jahressumme Euro	<input type="text"/>
----	--	------------------	----------------------

77 **Einnahmen nach der BAföG - Einkommensverordnung** B
(Siehe Erläuterungen zu Formblatt 3)78 Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld Jahressumme Euro 79 Krankengeld Netto-Jahressumme Euro 80 Insolvenzgeld Jahressumme Euro 81 Übergangsgeld Jahressumme Euro 82 Kurzarbeitergeld Jahressumme Euro 83 Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten Jahressumme Euro 84 **Haben Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung bezogen?**85 nein86 ja, und zwar B Jahressumme Euro 87 **Weitere Einnahmen, soweit nicht in den Zeilen 63 - 86 aufgeführt** B Jahressumme Euro

88 Dieses Formblatt 3 kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

89 **Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mit.**

90 Wenn das aktuelle Einkommen des erklärenden Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder Elternteils voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeilen 47 und 48), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 - Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

91 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners oder der Eltern ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben (z.B. für Aufwendungen für behinderte Personen). Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

92 Mir ist bekannt,

93 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.

94 - dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.

95 - dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt im Rahmen der Rückforderung von BAföG-Darlehen für Zwecke der Anschriftenermittlung des Darlehensnehmers übermittelt werden.

96 - dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.

97 - dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meiner Tochter/meinem Sohn vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schüler/innen zwischen *** Euro und *** Euro und für Studierende zwischen *** Euro und *** Euro erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.

98 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.**

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

100 **Zusatzklärung für Elternteile ohne Einkommen**

101 Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil nachstehende Zusatzklärung abgeben. Gibt er sie ab, entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben.

Name, ggf. Geburtsname, Vorname

102 Ich, _____,

103 erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr _____,

104 kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.

105 Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben

106 Mir ist bekannt,

107 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.

108 - dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

Stand: 2011

Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die Antragstellenden und ihre Eltern sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch bzw. nach § 47 Abs. 4 BAföG i.V.m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Zeile

1

Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden

2

Vorname Geburtsdatum

Formblatt 4

Förderungsnummer

Eingangsstempel

3

Zusatzblatt für Ausländerinnen und Ausländer im Sinne des § 8 Abs. 2, 2a und 3 BAföG

Das Formblatt 4 bitte nur nach ausdrücklicher Anforderung ausfüllen und vorlegen.

4

Vater: Name, ggf. Geburtsname, Vorname

5

Mutter: Name, ggf. Geburtsname, Vorname

6

Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland B

7

Table with 3 columns: Auszubildende/r, Vater, Mutter. Each column has 'vom' and 'bis' sub-columns.

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

Rechtmäßige Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland B

19

Erreicht die/der Auszubildende insgesamt 5 Jahre Erwerbstätigkeit, können die Angaben der Eltern entfallen. Erreicht ein Elternteil insgesamt 3 Jahre Erwerbstätigkeit, können die Angaben des anderen Elternteils und der/des Auszubildenden entfallen.

20

Table with 3 columns: Auszubildende/r, Vater, Mutter. Each column has 'vom' and 'bis' sub-columns.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

B

Die Zeiten sind durch die Vorlage der Aufenthaltstitel/Arbeitsgenehmigungen und einer Bestätigung des Arbeitgebers bzw. einer Bescheinigung der berufsständischen Vertretung und des Umsatzsteuerbescheides zu belegen. Für die angegebenen Zeiten ist die jeweilige Höhe des Verdienstes z.B. durch Versicherungsunterlagen, Steuerbescheide, Bescheinigungen des Arbeitgebers u.Ä. nachzuweisen.

Zeile

32 Zeiten, in denen eine Erwerbstätigkeit von dem Vater/der Mutter nicht ausgeübt werden konnte, sind zu belegen (z.B. wegen Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsverbot nach den Mutterschutzbestimmungen). **B**

Vater			Mutter		
vom	bis	Begründung	vom	bis	Begründung

43 Haushaltsführung eines Elternteils mit mindestens einem Kind unter 10 Jahren oder einem Kind, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt.

44 Beginn Ende

45 **Mir ist bekannt, dass unrichtige und unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden.**

46 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.**

47
Ort, Datum

48
Unterschrift der/des Auszubildenden

Unterschrift des Vaters

49
Bei Auszubildenden unter 15 Jahren auch Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/ des gesetzlichen Vetreters der/des Auszubildenden

Unterschrift der Mutter

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Falls in Ihrem Studiengang **ECTS-Leistungspunkte** vergeben werden, können Sie anstelle dieses Formblatts eine Bescheinigung bzw. einen Ausdruck über die individuell erreichte Punktzahl beim Amt für Ausbildungsförderung einreichen; diese gelten als Ersatz für das Formblatt. Die erforderlichen Leistungen sind erbracht, wenn die erreichte Punktzahl mindestens der Punktzahl entspricht, die nach der Festlegung des zuständigen hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte als üblich anzusehen ist.

Zeile

Leistungsbescheinigung nach § 48 BAföG

(Auszug aus §§ 9, 15, 47 und 48 BAföG siehe Rückseite)

Formblatt 5

Name, ggf. Geburtsname, der/des Auszubildenden

Vorname

Geburtsdatum

Bezeichnung der Ausbildungsstätte

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Förderungsnummer

Eingangsstempel

Diese Leistungsbescheinigung bezieht sich auf

die Fachrichtung/den Fachbereich

das 1. Hauptfach/1. Fach

das 2. Hauptfach/2. Fach

die Nebenfächer/3. Fach
und weitere Fächer

Nur von der Ausbildungsstätte auszufüllen!

Zur Erteilung der Leistungsbescheinigung sind die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute gemäß § 47 BAföG verpflichtet.

Es wird bestätigt, Es kann nicht bestätigt werden
(bitte ab Zeile 15 alle fehlenden Leistungen angeben),

dass die/der Auszubildende die bei geordnetem Verlauf ihrer/seiner Ausbildung bis zum Ende des Fachsemesters

üblichen Leistungen am erbracht hat.

Ort, Datum

Unterschrift des zuständigen hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte

- Stempel -

Hinweis:

Für die Beurteilung, welche Leistungen am Ende eines bestimmten Semesters gefordert werden, ist allein die Hochschule zuständig.

Auszug aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

§ 9 Eignung

(1) Die Ausbildung wird gefördert, wenn die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, dass er das angestrebte Ausbildungsziel erreicht.

(2) Dies wird in der Regel angenommen, solange der Auszubildende die Ausbildungsstätte besucht oder an dem Praktikum teilnimmt und bei dem Besuch einer Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule die den jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen entsprechenden Studienfortschritte erkennen lässt. Hierüber sind die nach § 48 erforderlichen Nachweise zu erbringen.

(3) Bei der Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen wird dies angenommen, wenn der Auszubildende die Bescheinigung nach § 3 Abs. 3 beigebracht hat.

§ 47 Auskunftspflichten

(1) Ausbildungsstätten, Fernlehrinstitute und Prüfungsstellen sind verpflichtet, die nach § 3 Abs. 3, § 15 Abs. 3a sowie den §§ 48 und 49 erforderlichen Bescheinigungen, Bestätigungen und gutachterlichen Stellungnahmen abzugeben. Das jeweils nach Landesrecht zuständige hauptamtliche Mitglied des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte stellt die Eigenschaftsbescheinigung nach § 48 Absatz 1 Nummer 2 aus und legt für den Nachweis nach § 48 Absatz 1 Nummer 3 die zum jeweils maßgeblichen Zeitpunkt übliche Zahl an ECTS-Leistungspunkten fest.

§ 48 Mitwirkung von Ausbildungsstätten

(1) Vom fünften Fachsemester an wird Ausbildungsförderung für den Besuch einer Höheren Fachschule, Akademie oder einer Hochschule nur von dem Zeitpunkt an geleistet, in dem der Auszubildende vorgelegt hat.

1. ein Zeugnis über eine bestandene Zwischenprüfung, die nach den Ausbildungsbestimmungen erst vom Ende des dritten Fachsemesters an abgeschlossen werden kann und vor dem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen worden ist,
2. eine nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellte Bescheinigung der Ausbildungsstätte darüber, dass er die bei geordnetem Verlauf seiner Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters üblichen Leistungen erbracht hat,

oder

3. einen nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellten Nachweis über die bis dahin erworbene Anzahl von Leistungspunkten nach dem Europäischen System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS), wenn die bei geordnetem Verlauf der Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters übliche Zahl an ECTS-Leistungspunkten nicht unterschritten wird.

Wenn die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen eine Zwischenprüfung oder einen entsprechenden Leistungsnachweis bereits vor Beginn des dritten Fachsemesters verbindlich vorschreiben, wird abweichend von Satz 1 für das dritte und vierte Fachsemester Ausbildungsförderung nur geleistet, wenn die entsprechenden Nachweise vorgelegt werden. Die Nachweise gelten als zum Ende des vorhergehenden Semesters vorgelegt, wenn sie innerhalb der ersten vier Monate des folgenden Semesters vorgelegt werden und sich aus ihnen ergibt, dass die darin ausgewiesenen Leistungen bereits in dem vorhergehenden Semester erbracht worden sind.

(2) Liegen Tatsachen vor, die voraussichtlich eine spätere Überschreitung der Förderungshöchstdauer nach § 15 Abs. 3 oder eine Verlängerung der Förderungshöchstdauer nach § 15a Abs. 3 rechtfertigen, kann das Amt für Ausbildungsförderung die Vorlage der Bescheinigung zu einem entsprechend späteren Zeitpunkt zulassen.

§ 15 Abs. 3 Förderungshöchstdauer

Über die Förderungshöchstdauer hinaus wird für eine angemessene Zeit Ausbildungsförderung geleistet, wenn sie

1. aus schwerwiegenden Gründen,
2. (aufgehoben)
3. infolge einer Mitwirkung in gesetzlich vorgesehenen Gremien und satzungsgemäßen Organen der Hochschulen und der Länder sowie in satzungsgemäßen Organen der Selbstverwaltung der Studierenden an diesen Ausbildungsstätten sowie der Studentenwerke,
4. infolge des erstmaligen Nichtbestehens der Abschlussprüfung,
5. infolge einer Behinderung, einer Schwangerschaft oder der Pflege und Erziehung eines Kindes bis zu zehn Jahren überschritten worden ist.

§ 15a Abs. 3 Förderungsdauer

(3) Setzt ein Studiengang Sprachkenntnisse über die Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch oder Latein hinaus voraus und werden diese Kenntnisse von dem Auszubildenden während des Besuchs der Hochschule erworben, verlängert sich die Förderungshöchstdauer für jede Sprache um ein Semester. Satz 1 gilt für Auszubildende, die die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 1. Oktober 2001 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erworben haben, mit der Maßgabe, dass auch der Erwerb erforderlicher Lateinkenntnisse später während des Besuchs der Hochschule zu einer Verlängerung der Förderungshöchstdauer führt.

Stand: 2011

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die Antragstellenden sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 6

Förderungsnummer
Eingangsstempel

Zeile

Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden
1
Vorname Geburtsdatum
2
PLZ, ständiger Wohnsitz (im Inland)
3
Straße, Hausnummer
4

Zusatzblatt für eine Ausbildung im Ausland

(Bei ausschließlicher Teilnahme an einem Praktikum Angaben nur ab Zeile 21)

7 Name und Art der Ausbildungsstätte

8
9 Anschrift der Ausbildungsstätte (Ort, Staat)

10 Ich beantrage Förderung für die Zeit vom

11 Unterrichts-/Vorlesungsbeginn

12 Fachrichtung

13 In dieser Fachrichtung habe ich bei Beginn der Auslandsausbildung

14 und zwar in

15 und habe Auslandsförderung nach dem BAföG erhalten

16 Ich plane, meine jetzige Ausbildung anschließend weiterzuführen bzw. abzuschließen

18 Die Auslandsausbildung ist durch den Unterrichtsplan/die Studien- und Prüfungsordnung meiner inländischen Ausbildungsstätte vorgeschrieben

20 Ich hatte bei Aufnahme der Auslandsausbildung seit mindestens 3 Jahren meinen ständigen Wohnsitz im Inland

21 Ich beantrage Förderung für ein Praktikum

22
23 für die Zeit vom

24 Das Praktikum steht im Zusammenhang mit der Ausbildung in der Fachrichtung an (Bezeichnung und Anschrift der Ausbildungsstätte)

26
27 In dieser Fachrichtung habe ich bei Beginn der Auslandsausbildung

28 und zwar in

29 und habe Auslandsförderung nach dem BAföG erhalten
30 Das Praktikum ist nach meinem Unterrichtsplan/meiner Studien- und Prüfungsordnung zwingend im Ausland abzuleisten

31 Studiengebühren (Bitte detaillierte Bescheinigung beifügen)

32 Für die Ausbildung wird von anderer Stelle (z.B. ERASMUS, Hochschule, DAAD) eine Ausbildungshilfe gewährt bzw. habe ich beantragt

33 in Höhe von

34 durch

Form fields for dates, school years, and addresses.

Form fields for practice details and funding.

Betrag Währung

nein ja

Betrag Währung B

bewilligende Stelle

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile

35 Zuletzt besuchte Ausbildungsstätte

Name, Anschrift
Fachrichtung

36

37 **Mir ist bekannt,**

38 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung von Tatsachen, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für

39 - dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als

40 Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

41 Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen worden sind.

Ort, Datum	Unterschrift der/des Auszubildenden
------------	-------------------------------------

42

Bei Auszubildenden unter 15 Jahren auch Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters der/des Auszubildenden
--

43 **Hinweis:** Die Weiterförderung im Inland oder Ausland setzt einen rechtzeitigen Antrag auf Weiterförderung bei dem dann zuständigen Amt für Ausbildungsförderung voraus.

44 Bescheinigung der Ausbildungsstätte/Prüfungsstelle zum Praktikum *)

Zur Erteilung der Bescheinigung sind die Ausbildungsstätten nach § 47 BAföG verpflichtet.

45 Das Praktikum bei

Bezeichnung und Anschrift der Praktikumsstelle, Staat		
vom	bis	Datum
Fundstelle		

46 entspricht den Anforderungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom

47 an die Praktikumsstelle

48 **und** ist vorgeschrieben ja nein

49 **und** ist noch abzuleisten ja nein

50 **und** ist in Ausbildungsbestimmungen inhaltlich geregelt ja nein

51 Die vorgeschriebene Mindestdauer des Praktikums beträgt Wochen Monate

Ort, Datum	- Stempel -	Unterschrift der Ausbildungsstätte/Prüfungsstelle
------------	-------------	---

53 - Diese gutachtliche Stellungnahme ist nur nach besonderer Anforderung des Amtes einzuholen -

54 Gutachtliche Stellungnahme der Ausbildungsstätte, die die/der Auszubildende bisher besucht hat

55 Der Besuch des/der (Name der ausländischen Ausbildungsstätte)

56 in Ort (Staat)

57 ist für die Ausbildung in der Fachrichtung

--

58 nach dem Ausbildungsstand der Antragstellerin/des Antragstellers förderlich nicht förderlich

59 Begründung:

Ort, Datum	- Stempel -	Unterschrift eines hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte
------------	-------------	---

66 *) Die Förderung beschränkt sich auf die vorgeschriebene Mindestdauer des Praktikums. Vorpraktika im Ausland sind nicht förderungsfähig.

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die Antragstellenden und die in Zeile 7 genannten Personen sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch bzw. § 47 Abs. 4 BAföG i.V.m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 7

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden									
2	Vorname					Geburtsdatum				

3 Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

4 Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist).
 5 Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

6 Für den Bewilligungszeitraum von bis beantrage ich,

dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner

7 Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners Vaters Mutter

Die Aktualisierung ist ggf. für jede/n Einkommensbezieher/in gesondert zu beantragen!

von den Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

8 **Mir ist bekannt, dass**

- 9 - **Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird.**
- 10 - **ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen anzeigen muss.**
- 11 - **ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss.**
- 12 - **ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten.**
- 13 - **ich nach Stellung eines Antrages auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - die Anrechnung des Einkommens aus dem vorletzten Kalenderjahr nicht mehr verlangen kann.**

14

Ort, Datum
Unterschrift der/des Auszubildenden

Ort, Datum
Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters* der/des Auszubildenden

* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das hiermit im Zusammenhang steht.

15 Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

16 Gründe für die Einkommensminderung (z.B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente)

17

18

19

20

21 Zur Glaubhaftmachung der Einkommensminderung füge ich folgende Belege bei (z.B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie)

22

23

24

25

26 Die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab Monat Jahr

27 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 28 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 29 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in)
- 30 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in **B**
- 31 Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige Nichterwerbstätige

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile

32 Die Jahreseinkommen, die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zugrunde zu legen sind, werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (künftige Erhöhungen wie z.B. Tarifierhöhungen bitte berücksichtigen): **B**

33 **Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 - 46 und 52 - 61** 1. Jahr 2. Jahr

34	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar aus:	1.1. bis 31.12.20 <input type="text"/>	1.1. bis 31.12.20 <input type="text"/>
35	Bitte Verluste kenntlich machen; Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung nachweisen	in vollen Euro (Jahressummen)	
36	positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Euro	Euro
37	positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Euro	Euro
38	positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Euro	Euro
39	positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezüge, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld - auch Abfindungen	Euro	Euro
40	Einnahmen, die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert werden	Euro	Euro
41	positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Euro	Euro
42	Brutto-Einkünfte aus Kapitalvermögen (z.B. Sparzinsen)	Euro	Euro
43	Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)	Euro	Euro
44	Bruttorenten aus gesetzlichen und/oder	Euro	Euro
45	privaten Rentenversicherungen	Euro	Euro
46	Unfallrenten	Euro	Euro
47	voraussichtl. Lohn-/Einkommensteuer	Euro	Euro
48	Kirchensteuer	Euro	Euro
49	Solidaritätszuschlag	Euro	Euro
50	Gewerbesteuer	Euro	Euro
51	Geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente")	Euro	Euro
52	Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	Euro	Euro
53	Krankengeld (netto)	Euro	Euro
54	Insolvenzgeld	Euro	Euro
55	Übergangsgeld	Euro	Euro
56	Kurzarbeitergeld	Euro	Euro
57	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Euro	Euro
58	weitere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7) und zwar	Euro	Euro
59		Euro	Euro
60		Euro	Euro
61	weitere Einnahmen, soweit nicht schon vorstehend aufgeführt	Euro	Euro

- 62 **Mir ist bekannt,**
- 63 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner Einkommensverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe (Zeilen 36 - 61), unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen (z.B. Tarifänderung, Sonderzahlungen, Abfindungen nach Kündigung, Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Arbeitslosigkeit etc.).
 - 64 - dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen.
 - 65 - dass unrichtige oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können.
 - 66 - dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.
 - 67 - dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.

68 **Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.**

69 Ort, Datum

Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Die Antragstellenden sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen anzugeben und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 8

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1

Name, ggf. Geburtsname der/des Auszubildenden									
Vorname					Geburtsdatum				

2

Antrag auf Vorausleistungen nach § 36 BAföG

Der Antrag kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist).

Vor Antragstellung bitte Amt für Ausbildungsförderung kontaktieren.

Dieser Vordruck dient nicht zur Beantragung von Abschlagszahlungen.

4

Erklärung

Der Antrag auf Vorausleistung bezieht sich auf meine Eltern **oder** meinen Vater **oder** meine Mutter

5

Für den Bewilligungszeitraum vom bis

6

war es mir nicht möglich, die für die Anrechnung des Einkommens meines/meiner Vaters/Mutter/Eltern erforderlichen Auskünfte zu erlangen. Mein/e Vater/Mutter/Eltern stellt/stellen mir den erforderlichen monatlichen Gesamtunterhaltsbedarf

7

8

nicht zur Verfügung. nur in Höhe von Euro zur Verfügung.

9

10

stellt/stellen mir mein/e Vater/Mutter/Eltern den mit Bescheid vom angerechneten Unterhaltsbetrag von monatlich Euro

11

12

nicht zur Verfügung. nur in Höhe von Euro zur Verfügung.

13

Kindergeld in Höhe von Euro erhalte ich direkt von der zahlenden Stelle aufgrund der Antragstellung

14

von mir meines Vater meiner Mutter anderer Personen (z.B. Groß- oder Stiefeltern)

15

Kindergeld wird bezahlt an meinen Vater meine Mutter andere Personen (z.B. Groß- oder Stiefeltern)

16

17

und wird in Höhe von Euro an mich weitergeleitet.

18

Unterhaltsleistungen erhalte ich von anderen Personen, auf die sich dieser Antrag nicht bezieht nein ja, von

19

meinem Vater **oder** meiner Mutter **und/oder** anderen Personen

20

Geldleistungen erhalte ich seit Euro monatlich

21

Sachleistungen erhalte ich seit

22

in Form von Unterkunft

23

Verpflegung Frühstück Mittagessen Abendessen

24

Sonstige Sachleistungen im Wert von Euro monatlich

25

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die in Zeile 5 genannte/n Person/en.

26

Mir wurde Unterhalt durch Sachleistungen angeboten nein ja

27

wenn ja, Art der angebotenen Sachleistung

28

29

Das Angebot wurde auf folgende Weise gemacht:

30

31

32

Von dem Angebot habe ich aus folgenden Gründen keinen Gebrauch gemacht:

33

34

Bewilligungszeitraum ist der Zeitraum, für den die Förderung beantragt wird (Zeilen 7 - 9) oder bewilligt wurde (Zeilen 10 - 12).

Bitte ausfüllen bei Gefährdung der Ausbildung **durch fehlende Auskünfte und fehlende Unterhaltsleistungen** der Eltern oder des leiblichen oder Adoptivelternteils.

Bitte ausfüllen bei Gefährdung der Ausbildung **durch fehlende Unterhaltsleistungen** der Eltern oder des leiblichen oder Adoptivelternteils.

Bitte immer ausfüllen, wenn für Sie Kindergeld gezahlt wird.

Hier bitte auch Taschengeld angeben.

Sonstige Sachwerte sind u.a. Beiträge zu Versicherungen, Kfz-Bereitstellung.

§ 1612 Abs. 2 BGB (Art der Unterhaltsgewährung):

(2) Haben Eltern einem unverheirateten Kind Unterhalt zu gewähren, können sie bestimmen, in welcher Art und für welche Zeit im Voraus der Unterhalt gewährt werden soll, sofern auf die Belange des Kindes die gebotene Rücksicht genommen wird. Ist das Kind minderjährig, kann ein Elternteil, dem die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, eine Bestimmung nur für die Zeit treffen, in der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen ist.

Bitte Unterlagen beifügen und Zeitpunkt des Unterhaltsangebots angeben.

Zeile 35	Die Unterhaltsbestimmung wurde gerichtlich			
36	<input type="checkbox"/> nicht abgeändert.	<input type="checkbox"/> abgeändert durch Beschluss	vom <input style="width: 100px;" type="text"/>	Name des Gerichts <input style="width: 100px;" type="text"/>
37	Angaben zu laufenden bzw. abgeschlossenen Unterhaltsverfahren			
38	<input type="checkbox"/> Ein Rechtsanwalt ist eingeschaltet	Name, Anschrift, Telefon <input style="width: 200px;" type="text"/>		
39	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
40	Eine Unterhaltsregelung	<input type="checkbox"/> liegt vor	vom <input style="width: 100px;" type="text"/>	
41		<input type="checkbox"/> liegt nicht vor.		
42	Rechtsmittel wird/wurde eingelegt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
43	<input type="checkbox"/> Ein Unterhaltsprozess ist anhängig (Antrag ist gestellt).			
44	<input type="checkbox"/> Meine Eltern	<input type="checkbox"/> oder mein Vater	<input type="checkbox"/> oder meine Mutter	
45	haben/hat die Weigerung, mich ausreichend zu unterstützen,			
46	<input type="checkbox"/> nicht begründet.	<input type="checkbox"/> folgendermaßen begründet:		
47	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
48	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
49	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
50	(ggf. auf ergänzendem Blatt weiterführen)			
51	Zusätzlich erkläre ich Folgendes:			
52	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
53	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
54	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
55	(ggf. auf ergänzendem Blatt weiterführen)			
56	Aktuelles Einkommen des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners der/des Auszubildenden			
57	Das voraussichtliche Einkommen meines Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners in dem in Zeile 6 genannten Bewilligungszeitraum beträgt		Euro	<input style="width: 100px;" type="text"/>
58	Art des Einkommens:			
59	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
60	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
61	<input style="width: 200px;" type="text"/>			
62	Mir ist bekannt,			
63	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage sowie der Familienverhältnisse, über die ich im Rahmen dieses Antrages Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.			
64	- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.			
65	- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Förderung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.			
66	- dass mit der Zahlung der Vorausleistungen meine Unterhaltsansprüche bis zu dieser Höhe auf das Land übergehen. Die in Zeile 5 genannte/n Person/en wird/werden ggf. zum Ersatz der Vorausleistungen herangezogen. Dazu muss vom Amt für Ausbildungsförderung ggf. ein Unterhaltsprozess geführt werden.			
67	- dass die nach § 36 BAföG vorausgeleisteten Beträge gemäß § 17 Abs. 2 BAföG im Regelfall zur Hälfte als staatliches Darlehen geleistet werden. Dieser Darlehensteil wird nur dann gemindert, wenn der oder die Unterhaltspflichtige/n auf die Forderung nach § 37 BAföG in Verbindung mit §§ 1601 ff. BGB des Amtes für Ausbildungsförderung Beträge tatsächlich leistet/leisten. Geleistete Beträge werden je zur Hälfte auf den Zuschussanteil und den Darlehensanteil angerechnet.			
68	Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen worden sind.			
69	Ort, Datum <input style="width: 150px;" type="text"/>		Unterschrift der/des Auszubildenden <input style="width: 150px;" type="text"/>	

Bitte Kopie beifügen (z.B. Urteil, Beschluss, gerichtlicher oder außegerichtlicher Vergleich, Scheidungsfolgevereinbarung).

Bitte Kopie der Antragsschrift beifügen.

Bitte Belege beifügen.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKR-Gesetz:

NKR-Nr. 1600: Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf der o. g. Verwaltungsvorschrift auf Bürokratiekosten geprüft, die durch Informationspflichten begründet werden.

Mit der Neufassung der Formblätter wird die Antragstellung nach § 46 Absatz 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes konkretisiert. Das vom Normenkontrollrat initiierte Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“ zeigt, dass Studierende bislang zum Ausfüllen des Formblatts 1 (Antrag) rund 20 Minuten und für das Formblatt 6 (Zusatzblatt für eine Ausbildung im Ausland) rund 35 Minuten benötigen. Die Eltern der Studierenden benötigen für das Formblatt 3 (Einkommenserklärung) rund 23 Minuten. Die nunmehr vorgenommenen Änderungen wirken sich nach Angaben des Ministeriums im Ergebnis nicht auf den bestehenden Zeitaufwand aus.

Der NKR begrüßt, dass mit der Neufassung der Formblätter Vereinfachungsvorschläge aus dem Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“ umgesetzt wurden. Signifikante Vereinfachungen der Formblätter scheinen aufgrund der zugrunde liegenden rechtlichen Vorgaben des Bundesausbildungsförderungsgesetzes jedoch kaum möglich. Der NKR regt daher an, dass Antragsverfahren auch durch die weitere Vereinfachung der rechtlichen Vorgaben – wie z.B. einer vermehrten Nutzung von Pauschalen bei der Einkommens- und Vermögensberechnung – zu verschlanken.

Um die Verständlichkeit der Formblätter zu steigern sollte im weiteren Abstimmungsverfahren auch die Sprachberatung des Bundesministeriums der Justiz oder des Redaktionsstabs Rechtsprache der Gesellschaft für deutsche Sprache genutzt werden.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Dr. Schoser
Berichtersteller